



Power Systems

Energiepolitik der neuen Bundesregierung

5 Kernaufgaben für eine sichere, kostenoptimierte und verlässliche Energieversorgung und einen wettbewerbsfähigen Energieanlagenbau

März 2025

Energiepolitische Kernaufgaben der neuen Bundesregierung

1. Ausbau der Erneuerbaren Energien im Fokus halten
2. Versorgungssicherheit langfristig anreizen
3. Cybersicherheit im Energiesystem gewährleisten
4. Carbon Management ermöglichen
5. Rahmen für Netzausbau, Energiespeicher und Digitalisierung setzen

VDMA Power Systems ist der Verband für den Energieanlagenbau. Er vertritt die Hersteller und Zulieferer von Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen im Deutschen und Europäischen Maschinen- und Anlagenbau, darunter Windenergie-, Bioenergie- und Wasserkraftanlagen, Motorenanlagen, thermische Turbinen und Kraftwerke sowie Energiespeicher und Brennstoffzellen. Als Industrieverband setzt sich der VDMA für die Stärkung und den Erhalt von Spitzentechnologien in Deutschland und Europa ein.

Für den Energieanlagenbau ist es essenziell, dass die Rahmenbedingen und Standortfaktoren die wettbewerbsfähige Entwicklung und Fertigung von Technologien in Deutschland und Europa stärken, zum Beispiel durch den Abbau von bürokratischen Hürden und überzogenen Nachweispflichten, die Wahrung eines wettbewerblichen Level Playing Fields sowie die Stärkung von Digitalisierung und Infrastruktur.

Zum Erreichen der Klimaneutralität, dem Sichern der Energieversorgung und dem Nutzen von Kostensenkungspotenzialen gilt es, energie- und industriepolitische Rahmenbedingungen so zu setzen, dass Investitionen in Strom- und Wärmeerzeugungskapazitäten möglichst marktlich und gleichzeitig verlässlich angereizt werden.

Die neue Bundesregierung muss daher den folgenden Punkten beim Umsetzen politischer Maßnahmen Rechnung tragen, um die Planbarkeit für den Maschinenbau als zentralen Lösungsanbieter für das Energiesystem der Zukunft sicherzustellen.

1. Ausbau der Erneuerbaren Energien im Fokus halten

- Die neue Bundesregierung muss einen ambitionierten sowie verlässlichen, gesetzlichen Ausbau und planbare Rahmenbedingungen sicherstellen, ein „Auf und Ab“ erhöht Risiken und Kosten entlang der Lieferkette und muss vermieden werden.
- Regulatorische Änderungen im Rahmen der Neuausrichtung des Strommarktdesigns, bei Anreizen für Innovation oder bei der Umsetzung des EU-Net Zero Industry Acts (NZIA) müssen angemessenen Vorlauf erhalten, wo möglich europäisch harmonisiert ausgestaltet sein, Investitionen anreizen und kosteneffizient wirken.
- Die industriepolitischen Implikationen der Energiepolitik sind für einen starken Maschinenbau in Europa von hoher Bedeutung. Dafür ist wichtig, dass die Bundesregierung sich in der EU für funktionierende Mechanismen zur Wahrung eines wettbewerblichen Level Playing Fields einsetzt.
- Zur Stärkung der Transformationstechnologien sollte die Bundesregierung Garantieprogramme der KfW ausweiten und umsetzen, um Investitionen anzureizen.
- Hürden und Kostentreiber in der Projektumsetzung etwa bei Großraum- und Schwerlasttransporten oder mangelhafter Infrastruktur müssen beseitigt werden.
- Für Onshore-Windenergie müssen die bisherigen Erfolge bei Genehmigungen und Flächenausweisung (auch durch zeitnahe Umsetzung der Erneuerbare Energien Richtlinie ‚RED III‘ der EU) weitergeführt werden, denn hohe Flächenverfügbarkeit reduziert Kosten.
- Bei der Offshore-Windenergie ist insbesondere das Ausschreibungsregime im Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG) zu reformieren, denn der bisherige Fokus auf ungedeckelten Negativgeboten wirkt immensen finanziellen Druck auf die Lieferkette aus und ist entsprechend der Vorgaben der EU durch nach oben und unten gedeckelte Ausschreibungen mit praktikablen qualitativen Kriterien zu ersetzen.
- Die mit dem Biogas-Paket geschaffene Zukunftsperspektive muss in der kommenden Legislaturperiode verstetigt werden und sich in der Praxis schwer umsetzbare Detailregelungen (Übergangsfristen für bestehende Biogasanlagen, Maisdeckel) müssen nachgebessert werden. Die Überbauung von Netzverknüpfungspunkten sollte zudem für Netzbetreiber verpflichtend werden, um den Anschluss von flexiblen Anlagen kosteneffizient und zügig zu ermöglichen.
- Darüber hinaus müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, durch die Innovationen wie z.B. der Flugwindenergie angewendet werden können und eine marktliche Perspektive zusätzlich zu den etablierten Technologien bekommen.
- Für die resiliente Energieversorgung braucht es zielgerichtete Maßnahmen, um die europäische Lieferkette von PV- und Speichersystemen zu stabilisieren und auszubauen.

2. Versorgungssicherheit langfristig anreizen

- Zur Wahrung der Versorgungssicherheit braucht das klimaneutrale Stromsystem der Zukunft einen Rahmen, der Investitionen in steuerbare Kraftwerkskapazitäten

dauerhaft sicherstellt und gleichzeitig kosteneffizient Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht bringt und den Wert von Flexibilitäten widerspiegelt.

- Ein zusätzlicher marktlicher Kapazitätsmechanismus muss daher Investitionen in steuerbare Kapazitäten in ausreichender Höhe technologie-neutral anreizen und sicherstellen.
- Die Ansätze des Kraftwerkssicherheitsgesetzes (KWSG) müssen schnellstmöglich wieder aufgenommen werden. Eine überkomplexe Ausgestaltung und nationale Sonderlösungen (wie z.B. schwierig umsetzbare Anforderungen für Systemdienstleistungen) die zu erneuten Verzögerungen führen, müssen dringend vermieden werden.
- Neben Industrie und Gewerbe benötigen auch Backup-Kraftwerke und KWK-Anlagen emissionsarme Brennstoffe. Ihre Anbindung an das Wasserstoffnetz bzw. Die Versorgung mit anderen Brennstoffen, wie z.B. Biomethan, muss gewährleistet und der wirtschaftliche Betrieb ermöglicht werden. Bei der Resilienz des Energiesystems spielt auch die Schwarzstartfähigkeit, z.B. von Pumpspeichern oder die Verfügbarkeit von Notstromaggregaten eine wichtige Rolle.
- Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) ist derzeit das einzige Gesetz, welches den dringend erforderlichen Zubau von gesicherter Kraftwerksleistung unterstützt und gleichzeitig die Effizienzpotenziale der KWK hebt. Der kurzfristigen Verlängerung des KWKG muss deshalb eine langfristige politische Perspektive folgen, die einen Rahmen für den künftigen Zubau neuer Kapazitäten anreizt und auch Bioenergie- und Biogasnutzung berücksichtigt.
- Bezüglich der notwendigen Residuallast darf hier nicht allein nur Strom im Fokus stehen, sondern gerade in Bezug auf Versorgungssicherheit muss auch die Wärme mitgedacht werden. Deshalb darf die Kraft-Wärme-Kopplung, die hocheffizient sowohl Wärme als auch Strom versorgungssicher, zuverlässig und bezahlbar vor Ort zur Verfügung stellt, weder in der Nah- und Fernwärme noch in der Objektversorgung von Anreizen/Förderungen ausgenommen oder gegenüber anderen Technologien (z.B. im GEG und WPG) diskriminiert werden. Dies wäre auch ein wichtiger Schritt für die Wärmewende. Ergänzend dazu müssen der Wärmenetzausbau und die Nahwärmeversorgung vorangetrieben sowie bessere Anreize für die Nutzung von Großwärmepumpen geschaffen werden.

3. Cybersicherheit im Energiesystem gewährleisten

- Die Sicherheit des Energiesystems als kritische Infrastruktur und essenzieller Faktor nationaler Sicherheit muss jederzeit durchgesetzt werden – insbesondere mit Blick auf Cybersicherheit.
- Der gesetzliche Rahmen muss die uneingeschränkte Sicherheit aller am Stromnetz angeschlossenen Anlagen über deren gesamte Lebensdauer gewährleisten.
- Alle Unternehmen und Lieferanten, die kritische Anlagen in kritischen Infrastrukturen wie dem Stromsystem sowie damit verbundene Systeme für Europa bereitstellen, müssen effektiven Cybersicherheitsstandards unterliegen, da sonst immense Sicherheitsrisiken etwa durch unbefugten Zugriff oder schädigende Softwareupdates bestehen.
- Die Umsetzung und die anschließend effektive behördliche Anwendung der EU-NIS2-Richtlinie (NIS2UmsuCG) sowie des EU-Cyber Resilience Act (CRA) müssen zeitnah erfolgen.

4. Carbon Management ermöglichen

- Bei zahlreichen industriellen Prozessen werden Bestandsanlagen noch für einen Übergangszeitraum große Mengen Kohlendioxid (CO₂) freisetzen, die sich kurzfristig nicht vermeiden lassen.
- Carbon Management & Removal-Technologien (CMR) tragen dazu bei, eine nachhaltige CO₂-Kreislaufwirtschaft aufzubauen und sorgen dafür, dass CO₂ effektiv in Nutzungspfade eingegliedert, gespeichert und sicher gebunden wird.
- Der Maschinen- und Anlagenbau verfügt bereits heute über Technologien zur Abscheidung, Speicherung und Nutzung von CO₂, deren Einsatz in zahlreichen Fällen kosteneffizienzpotenziale hat.
- Bisher sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz von Carbon Management & Removal-Technologien in Deutschland jedoch nicht ausreichend gegeben.
- Die neue Bundesregierung muss daher zeitnah das Kohlendioxid-Speichergesetz (KSpG) verabschieden sowie daran anknüpfend eine effektive CMR-Strategie erstellen und umsetzen.

5. Rahmen für Netzausbau, Energiespeicher und Digitalisierung setzen

- Großspeichersysteme gewinnen an Bedeutung. Zur Sicherung von Flexibilität und Versorgungssicherheit sollte die Rolle der Stromspeicher als eigenständige Säule des Energiesystems gestärkt werden. Eine gesetzliche Definition der Stromspeicherung sollte klarstellen, dass Stromspeicher keine Letztverbraucher sind. Dabei sollten Rahmenbedingungen auch für die Genehmigung von Pumpspeicher und die Wirtschaftlichkeit verbessert werden, um deren Netzdienstlichkeitspotenziale zu nutzen.
- Der zügige Netzausbau muss weiter höchste Priorität haben und kosteneffizient ausgestaltet werden.
- Um die volle Marktintegration des zunehmend dezentralen und flexiblen Stromsystems zu ermöglichen und Kosten zu sparen, müssen Netzanschlussregeln angepasst und standardisiert werden. Die Prozesse der Netzbetreiber sind hierbei so weit zu standardisieren und digitalisieren, dass bundeseinheitliche Vorgaben für den Netzanschluss und den Betrieb von Erzeugern und Lasten gewährleistet sind.
- Systemdienstleistungen, die von den Netzbetreibern bei Anlagenbetreibern abgerufen und/oder vorgehalten werden, sind hierbei vollumfänglich zu vergüten.
- Daneben ist eine schnelle, sichere und kostengünstige Digitalisierung des Energiesektors sicherzustellen. Smart-Meter-Gateways (SMGW) nehmen als Kommunikationsschnittstelle eine zentrale Rolle ein. Hier muss der politische Rahmen so gesetzt werden, dass der Roll-out in Deutschland beschleunigt wird.

Der Maschinen- und Anlagenbau steht bereit, ambitionierte politische Ziele dank der vielfältigen technologischen Lösungen umzusetzen.

Mit den richtigen Anreizen und Rahmenbedingungen lassen sich so in Deutschland und Europa Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und Know-How erhalten sowie Cyber-, nationale und Versorgungssicherheit, Klimaneutralität und Kosteneffizienz des Energiesystems erreichen.

Kontakte VDMA Power Systems

Dr. Dennis Rendschmidt
Geschäftsführer
dennis.rendschmidt@vdma.org
Tel. +49 30 306946-17

Gerd Krieger
Stellv. Geschäftsführer
gerd.krieger@vdma.org
Tel. +49 172 670 4124

Malte Peters
Referent Energiepolitik
malte.peters@vdma.org
Tel. +49 30 30694621

Sebastian Steul
Referent Technik & Innovation
sebastian.steul@vdma.org
Tel. +49 69 6603-1748

Lobbyregisternummer.: R000802